

Pressemitteilung

DIE LINKE. Rheinland-Pfalz

Ländlicher Raum: Das Krankenhaussterben geht weiter

Die Marienhaus GmbH will die Loreley-Kliniken in St. Goar und Oberwesel schließen. Erneut trifft der Abbau der medizinischen Versorgung aus „wirtschaftlichen Gründen“ den ländlichen Bereich. Dazu nehmen Landesvorstandsmitglied Dr. Hildegard Slabik-Münter und Stefan Heyde, Pflegepolitischer Sprecher des Landesverbandes, Stellung:

Hildegard Slabik-Münter: „Gesundheitsministerin Bätzing-Lichtenthäler argumentiert, dass gerade im ländlichen Raum ein Wandel in der Krankenhauslandschaft alternativlos sei. Sie kann sich auf den Landeskrankenhausplan stützen, der besagt, eine "Hinwendung zu marktregulatorischen Elementen" für die Krankenhäuser sei unvermeidlich – mit anderen Worten: In der Gesundheitsversorgung steht das Geld an erster Stelle, nicht der Mensch. Genau aus diesem Grund weist DIE LINKE seit Jahren darauf hin: Nur wenn diesem System ein Ende bereitet wird, ist es möglich eine wohnortnahe Gesundheitsversorgung auch für Patienten im ländlichen Raum zu erhalten. Wortwörtlich auf der Strecke bleiben nun die Einwohner*innen dieser Region, denn sie müssen zukünftig Wege von bis zu 50 Kilometern in Kauf nehmen, um das nächstgelegene Krankenhaus zu erreichen. Schon jungen und mobilen Menschen ist dies nur begrenzt zumutbar, aber wie soll es denn bitte bei fahrzeuglosen oder älteren Mitbürger*innen werden? Fragen, denen sich unser Ministerium stellen sollte ...“

Stefan Heyde: „Es ist es ein Schlag ins Gesicht der Angestellten, wenn der Klinikbetreiber darauf verweist, dass Personalschlüssel in der Pflege und überproportional gestiegene Tariflöhne zu den Schließungsplänen beigetragen hätten. Jede*r weiß, dass die Mitarbeiter*innen in den Gesundheitsberufen seit Jahrzehnten Überstunden anhäufen und nicht angemessen entlohnt werden! DIE LINKE fordert die Einhaltung der tariflichen Arbeitszeiten und flächendeckende Tariflöhne für die oft genug lebenswichtige Arbeit des Krankenhaus- und Pflegepersonals. Bürger*innen, Patienten und Pflegekräfte aus Gründen der Wirtschaftlichkeit gegeneinander auszuspielen, damit muss endlich Schluss sein! Eine Kehrtwende in der Landespolitik ist unerlässlich, wir erwarten entsprechende Initiativen unserer Landesregierung auf Bundesebene.“

29. Oktober 2019